



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 03.12.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:56 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Yvonne Winkler	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Helge Dreher	Sachkundiger Einwohner
Herr Dirk Gernhardt	Sachkundiger Einwohner
Christian Hartwig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kresse	Sachkundiger Einwohner
Dr. Mario Lochmann	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner

Entschuldigt fehlten:

Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Ingo Kautz	sachkundiger Einwohner
Alexander Keck	Sachkundiger Einwohner
Michael Sprung	sachkundiger Einwohner

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Lars Loebner	Fachbereichsleiter Planen
Simone Trettin	Teamleiterin Freiraumplanung
Christiane Schwarz	Teamleiterin Städtebau Süd/ Ost
Jenny Falke	Protokollführerin

zu Einwohnerfragestunde

Herr Gerlang fragte zur Toilettenanlage auf der Ziegelwiese, ob dort ein solches Vorhaben umsetzbar ist, da es sich um ein Hochwassergebiet handelt. Warum wurde der Standort auf der Ziegelwiese ausgewählt.

Frau Trettin antwortete, dass verschiedene Belange für den Standort geprüft wurden. Das Riveufer liegt im Denkmalschutzgebiet und kann deshalb nicht im Bestand baulich verändert werden. Auf der Ziegelwiese kann die Toilettenanlage hochwassersicher gebaut werden und der Standort Ziegelwiese ist sehr gut erreichbar von allen Seiten.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Feigl eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krimmling-Schoeffler stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung von TOP 4.1, da die Unterlagen nicht rechtzeitig vorlagen.

Herr Rebenstorf bat darum eine erste Einführung zu geben.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass eine Einführung auch unter Mitteilungen erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis GO Antrag: einstimmig zugestimmt

Herr Rebenstorf bat darum den Tagesordnungspunkt Mitteilungen vorzuziehen und als Erstes zu behandeln.

Frau Mark vertagte den Antrag

5.6. Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung
Vorlage: VII/2019/00491
bis Februar.

Herr Eigendorf zog den Antrag

5.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ –
Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im
halleschen Stadtgebiet
Vorlage: VI/2018/04529

zurück.

Herr Feigl bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.10.19
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.11.19

Mitteilungen

Information zur Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018

4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602 **vertagt**
- 4.2. Baubeschluss GRW-Maßnahme Toilettenanlage Ziegelwiese
Vorlage: VII/2019/00504
- 4.3. Baubeschluss GRW-Maßnahme Neubau Sandangerbrücke
Vorlage: VII/2019/00433
- 4.4. Baubeschluss GRW-Maßnahme Salinebrücke
Vorlage: VII/2019/00429
- 4.5. Baubeschluss GRW-Maßnahme Slipanlage Sandanger
Vorlage: VII/2019/00425
- 4.6. Baubeschluss GRW-Maßnahme Spielplatz Riveufer
Vorlage: VII/2019/00424
- 4.7. Baubeschluss GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Böllberger Ufer
Vorlage: VII/2019/00367
- 4.7.1 Änderungsantrag der Stadträtin Yvonne Winkler (Fraktion MitBürger & Die PARTEI) zur Beschlussvorlage Baubeschluss GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Böllberger Ufer (VII/2019/00367)
Vorlage: VII/2019/00710
- 4.8. Baubeschluss GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Holzplatz / Mansfelder Straße
Vorlage: VII/2019/00364
- 4.9. Baubeschluss GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Kaiserslauterer Straße
Vorlage: VII/2019/00349
- Baubeschluss GRW-Maßnahme Elsterradweg Regensburger Straße
4.10. Vorlage: VII/2019/00348

- Baubeschluss GRW-Maßnahme Elsterradweg Delphinstraße
- 4.11. Vorlage: VII/2019/00347
- Baubeschluss GRW-Maßnahme Öffnung Mühlgraben - Bootsumtragegestelle Steinmühle
- 4.12. Vorlage: VII/2019/00507
- Bebauungsplan Nr. 200 Dörlau, Wohngebiet Salzmünder Straße - Aufstellungsbeschluss
- 4.13. Vorlage: VII/2019/00226
- Baubeschluss zum Quartiersspielplatz Unstrutstraße
- 4.14. Vorlage: VII/2019/00402
- Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
- 4.15. Vorlage: VII/2019/00436
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale) (VII/2019/00436)
1. Vorlage: VII/2019/00708
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderung eines Pilotprojektes
„Fahrradhäuschen“
Vorlage: VII/2019/00130
- 5.2. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Marktbegrünung
Vorlage: VII/2019/00329
- 5.3. Antrag der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur touristenfreundlichen
Beschilderung
Vorlage: VII/2019/00330
- 5.4. Antrag der CDU Fraktion zur Erschließung von Badestellen an Flussufern
Vorlage: VII/2019/00450
- 5.5. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses
„Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft“ (VI/2014/00022) und
Überarbeitung der Planung
Vorlage: VII/2019/00331
- 5.6. Antrag der Freien Demokraten zur Wassereinspeisung
Vorlage: VII/2019/00491 **vertagt**
- 5.7. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Einführung eines „City-Tages“ –
Ticketfreie Nutzung von Bussen und Straßenbahnen der HAVAG an Samstagen im
halleschen Stadtgebiet
Vorlage: VI/2018/04529 **zurückgezogen**
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 15.10.19

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.11.19

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Information zum Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Rebenstorf stellte die Präsentation vor.

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.2 Baubeschluss GRW-Maßnahme Toilettenanlage Ziegelwiese
Vorlage: VII/2019/00504**

Herr Sehrndt bemerkte, dass bei jeder GRW Maßnahme unheimlich viele Bäume gefällt werden. Er fragte wie der Schlamm aus dem Mühlgraben abtransportiert wird oder ob er drinnen bleibt. Er verwies darauf, dass der Schlamm giftig ist. **Herr Sehrndt** fragte, ob die Umtragungsmöglichkeit an der Neumühle gebaut wird, da sonst die weiteren Maßnahmen zur

Kanunutzung hinfällig wären.

Frau Trettin antwortete, dass eine Beräumung der schadstoffbelasteten Sedimente nicht vorgesehen ist. Die Umtragungsmöglichkeit an der Neumühle befindet sich so gut wie in der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR : einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Toilettenanlage Ziegelwiese.

2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

**zu 4.3 Baubeschluss GRW-Maßnahme Neubau Sandangerbrücke
Vorlage: VII/2019/00433**

Herr Dreher fragte, warum das vorhandene Wegenetz nicht genutzt wird, sondern für neue Wege Bäume gefällt werden.

Frau Trettin sagte, dass die kürzeste Strecke über den Fluss gewählt wurde und eine Durchfahrtshöhe vorgegeben wurde. Da eine Barrierefreiheit gegeben sein soll, kommt eine entsprechende Rampenlänge zustande, die einer Verlagerung der Trasse bedarf.

Herr Feigl sagte, dass eine Verschiebung der Brücke um wenige Meter aus Sicht seiner Fraktion durchaus möglich gewesen wäre.

Frau Trettin sagte, dass die Brücke nicht mehr verlagert hätte werden können, da die Stadt kein Grundstückseigentümer mehr ist und das Gelände bebaut ist. Die Trasse ist in dem B-Plan bereits festgesetzt worden. Die Brücke kann eingedreht werden, dann wäre sie aber noch teurer und auch noch länger und deswegen wurde die kürzeste Strecke gewählt.

Herr Dr. Lochmann fragte, ob der Rückbau der versiegelten Flächen erfolgt. Kann dies als Ausgleichspool für versiegelte Flächen verwendet werden, wenn dies durch Fluthilfemaßnahmen finanziert wurde.

Frau Trettin sagte, dass der Rückbau der Kleingartenanlage erledigt ist. Die Übrigen Biotopwertpunkte werden für die Versiegelung aufgebraucht.

Frau Dr. Kreutzfeldt fragte, ob im Bereich der bestehenden Asphaltstraße entsiegelt wird.

Frau Trettin antwortete, dass der alte Weg entsiegelt wird und der Wald ergänzt wird, sodass die Flächen komplett geschlossen sind.

Herr Dreher sagte, dass es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handelt, wo die Wegebeziehungen lang laufen, er fragte, ob es dafür Ausnahmegenehmigungen geben wird.

Frau Trettin antwortete, dass zu allen Verfahren Vorabstimmungen mit der unteren Naturschutzbehörde getroffen wurden, dies gilt für Genehmigungsvorbehalte als auch für Ausgleichsmöglichkeiten.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Neubau Sandangerbrücke.

2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

**zu 4.4 Baubeschluss GRW-Maßnahme Salinebrücke
Vorlage: VII/2019/00429**

Herr Dreher bat um Erläuterung des Wegeneubaus, da eigentlich ein Weg vorhanden ist.

Frau Trettin sagte, dass es Höhenunterschiede gibt, die angeglichen werden müssen. Komplet neu wird der Weg nach oben erschlossen, das liegt daran, dass die alte Trasse zu weit in der Brücke liegt.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt unter Abänderung des Baubeschlusses vom 29.06.2011 (Beschlussvorlage V/2011/09790) die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Salinebrücke.

2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

**zu 4.5 Baubeschluss GRW-Maßnahme Slipanlage Sandanger
Vorlage: VII/2019/00425**

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Slipanlage Sandanger.

2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

**zu 4.6 Baubeschluss GRW-Maßnahme Spielplatz Riveufer
Vorlage: VII/2019/00424**

Herr Sehrndt fragte, welche Spielgeräte für die Kinder von 0 Jahren sind.

Frau Trettin sagte, dass die Sandfläche für diese Altersgruppe zur Verfügung steht.

Herr Dr. Lochmann fragte, warum die 5 Bäume, die nicht ersetzt werden, nicht geschützt sind.

Frau Trettin sagte, dass es sich da entweder um Arten, die als nicht schutzwürdig gelten handelt, oder es geht um Bäume, die das Mindestmaß nicht erreichen und zu klein sind. In dem genauen Bereich handelte es sich um nicht geschützte Arten.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Spielplatz Riveufer.

2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

**zu 4.7 Baubeschluss GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Böllberger Ufer
Vorlage: VII/2019/00367**

**zu 4.7.1 Baubeschluss GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Böllberger Ufer
Vorlage: VII/2019/00367**

Frau Winkler brachte den Änderungsantrag ein.

Frau Trettin sagte, dass die GWG nicht der Eigentümer ist, sondern ein privater Eigentümer, dem die westlich angrenzenden Mühlengebäude und die Durchfahrt gehören. Mit dem Eigentümer wurde zwei Jahre verhandelt und es konnte lediglich ein Wegerecht ausgehandelt werden in einer Breite von 2.50 Meter.

Frau Winkler zog den Änderungsantrag zurück.

zu 4.7.1 Baubeschluss GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Böllberger Ufer
Vorlage: VII/2019/00367

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der überregional bedeutsame Saaleradweg wird im Eingangsbereich der denkmalgeschützten Hildebrandschen Mühle (Teilbereich 4) durch das Haupttor mit einer Breite von ca. 3,75 m geführt.
2. Der Oberbürgermeister wird in seiner Eigenschaft als gesetzlicher Vertreter der Alleingesellschafterin Stadt Halle (Saale) beauftragt, die Geschäftsführerin der GWG Halle-Neustadt mbH gegebenenfalls im Wege eines Gesellschafterbeschlusses anzuweisen, die in Punkt 1 aufgeführte Radwegführung im Falle der planerischen Umsetzbarkeit zu realisieren.

zu 4.7 Baubeschluss GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Böllberger Ufer
Vorlage: VII/2019/00367

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt, die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Böllberger Ufer.
2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

zu 4.8 Baubeschluss GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Holzplatz / Mansfelder Straße
Vorlage: VII/2019/00364

Frau Winkler fragte, wo die Neupflanzung der zwei Laubbäume erfolgen wird.

Frau Trettin antwortete, dass diese direkt auf der verbliebenen Rasenfläche gepflanzt werden.

Herr Feigl fragte, ob es die Möglichkeit gab, das kleine Stück Straße von dem Privateigentümer zu kaufen.

Frau Trettin sagte, dass bereits ein Grundstück von dem Eigentümer erworben wurde, ansonsten hätte man seine Parkplatzzufahrt mit erwerben müssen.

Abstimmungsergebnis SKE:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Holzplatz / Mansfelder Straße.
2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

**zu 4.9 Baubeschluss GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Kaiserslauterer Straße
Vorlage: VII/2019/00349**

Frau Winkler fragte, wodurch die Mehraufwendungen bei der Unterhaltung entstehen.

Frau Trettin sagte, dass die Markierungen erneuert werden müssen.

Abstimmungsergebnis SKE:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Saaleradwanderweg Kaiserslauterer Straße.
2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

**zu 4.10 Baubeschluss GRW-Maßnahme Elsterradweg Regensburger Straße
Vorlage: VII/2019/00348**

Herr Streckenbach fragte, warum der Radweg nicht dort gelassen wird, wo er derzeit ist und eine Ertüchtigung der Fritz-Kießling-Straße und der Karl-Meißner-Straße erfolgt, um den Fahrradverkehr dort lang zu führen. Die Regensburger Straße birgt ein hohes Unfallrisiko.

Frau Trettin sagte, dass man sich die Frage gestellt hat, ob der Radwanderweg in seiner heutigen Führung saniert werden kann, das Regelwerk für die Förderrichtlinie sieht jedoch vor, dass der Radweg gefördert wird und kein Straßenausbau. Für den Radweg ist die Regelbreite von 2,50 m ausschlaggebend, alles was darüber ist muss begründet werden.

Herr Streckenbach bat um Erläuterung der Baumaßnahmen in der Delfinstraße.

Frau Trettin sagte, dass es sich in der Delfinstraße um eine räumlich eingegrenzte Situation handelt, die sehr klein ist und deswegen die Umsetzung möglich ist
Die Unterlagen sind momentan bei der baufachlichen Prüfung und dabei kann es passieren,

dass einzelne Maßnahmen als nicht förderfähig erklärt werden.

Der Fördermittelgeber hält das Vorhaben in der Delfinstraße für förderfähig und bei den anderen Straßen wurde von Anfang an gesagt, dass dies nicht über das Förderprogramm finanziert wird.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Elsterradweg Regensburger Straße.

2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

**zu 4.11 Baubeschluss GRW-Maßnahme Elsterradweg Delphinstraße
Vorlage: VII/2019/00347**

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Elsterradweg Delphinstraße.

2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

**zu 4.12 Baubeschluss GRW-Maßnahme Öffnung Mühlgraben - Bootsumtragestelle
Steinmühle
Vorlage: VII/2019/00507**

Herr Sehrndt befand sich im Mitwirkungsverbot und hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Herr Feigl fragte, welchen Oberflächenbelag die Rampen und die Flächen auf dem Plateau bekommen.

Frau Trettin sagte, dass weitestgehend mit einer wassergebundenen Decke gearbeitet werden soll, der Streifen entlang der Zaun- und Toranlage soll gepflastert werden. Die Rampen müssen wegen ihrer Neigung befestigt werden und daher werden diese aus Beton hergestellt.

Frau Dr. Kreuzfeldt fragte, ob bei der Treppe, die ins Wasser reinght eine Steinschüttung vorgesehen ist. Können abgerundete Steine verwendet werden?

Frau Trettin sagte, dass zum Wasser mehrere Stufen sind und man nicht auf den Schotter treten muss.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die bauliche Realisierung der GRW-Maßnahme Öffnung Mühlgraben - Bootsumtragestelle Steinmühle.

2. Der Baubeschluss erfolgt vorbehaltlich der Bewilligung der im Rahmen des Programms „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – Tourismus“ beantragten Fördermittel.

**zu 4.13 Bebauungsplan Nr. 200 Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße -
Aufstellungsbeschluss**
Vorlage: VII/2019/00226

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wem momentan die Ackerfläche gehört. Welchen Bodenwert hat diese. Gibt es seitens des Landwirtes kein Interesse mehr an der landwirtschaftlichen Nutzung?

Frau Schwarz sagte, dass als nächster Schritt mit den Landwirten gesprochen werden muss. Es handelt sich um einen privaten Eigentümer.

Herr Loebner sagte, dass sich die Bodenwertpunkte in einem höheren Bereich befinden.

Frau Krimmling-Schoeffler sagte, dass eventuelle Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt werden müssen, je nachdem was die Prognose aussagt. Sie sagte, dass die Prognose vorher gemacht werden sollte, ebenso sollten die Gespräche mit den Landwirten vorher geführt werden.

Frau Schwarz sagte, dass der Aufstellungsbeschluss eigentlich der Start für alle weiteren Schritte bedeutet.

Herr Feigl sagte, dass an attraktiven und urbanen Stellen in der Stadt Angebote geschaffen werden sollten, die über ein Standard Eigenheim hinausgehen. Es gibt viele Flächen, die sich für eine Verdichtung eignen, diese Fläche ist schwer mit dem ÖPNV zu erreichen und dies sorgt schlussendlich für eine vermehrte Nutzung von PKW.

Herr Rebenstorf sagte, dass für jeden einzelnen Einwohner der Stadt gekämpft werden muss, denn da verliert die Stadt viele Einwohner an den Saalekreis und dies aufgrund der Grundstücks- und Flächensituation in der Stadt Halle

Frau Dr. Wünscher äußerte ihre Bedenken hinsichtlich der Einschränkungen und der Vorgaben, die man jungen Familien auferlegen möchte.

Frau Mark fragte, wie die landwirtschaftlichen Flächen derzeit genutzt werden.

Frau Schwarz sagte, dass die Flächen für den Mais Anbau genutzt werden.

Herr Schied sagte, dass es ja auch genug Vorteile für das Wohnen in der Stadt gibt und auch gerade wegen der Infrastruktur viele wieder zurückziehen in die Stadt.

Herr Loebner sagte, dass es einen Zufluss der ab 60-Jährigen gibt und einen deutlichen Abfluss bei der Altersgruppe 30 bis 40 und von 0 bis 18.

Für den halleschen Süden wird es Verdichtungsstandorte geben und es werden derzeit kleinere Wohnbaustandorte vorbereitet. Die Verwaltung ist der Auffassung dass Standorte für verschiedene Wohnformen angeboten werden müssen.

Frau Dr. Kreutzfeldt fragte, wo die Anbindung beim Weiterbau der A143 geplant ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Anschlussstelle Salzmünde darauf führen wird. Man rechnet damit, dass durch die Autobahn es an verschiedenen Stellen zu Verkehrsverlagerungen kommt.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 200 „Dölau, Wohngebiet Salzmünder Straße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage Nr.2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 3,21 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 4.14 Baubeschluss zum Quartiersspielplatz Unstrutstraße
Vorlage: VII/2019/00402**

Herr Streckenbach fragte, wie viele Rattenköderboxen von der Verwaltung für erforderlich gehalten werden. Wie viele Ratten wurden dort gesichtet und wie oft werden die Boxen kontrolliert. Er fragte weiter, wie sichergestellt wird, dass die Boxen für Kinder unzugänglich sind.

Frau Trettin antwortete, dass die Anzahl durch den Fachbereich Gesundheit festgelegt wird. Dieser bewirtschaftet und unterhält die Boxen dann auch. Das Modell kommt einheitlich bei der Stadt zum Einsatz.

Frau Winkler fragte, ob in die Planung eingeflossen ist, dass der Weg, der südlich an der Fläche vorbeiführt, häufig von Radfahrern genutzt wird.

Frau Trettin sagte, dass der Weg nicht angetastet wird und es auch keine weiteren

Notwendigkeiten gibt, dort irgendwas zu ändern, da der Radfahrer keine Möglichkeit hat stringent durchzufahren und somit keine Gefährdung für den Spielplatz gesehen wird.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, für die Neugestaltung des Quartiersspielplatzes Unstrutstraße auf den Variantenbeschluss zu verzichten.
2. Der Stadtrat beschließt die bauliche Realisierung des Quartiersspielplatzes Unstrutstraße.

**zu 4.15 Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale)
Vorlage: VII/2019/00436**

Frau Dr. Wünscher stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung für die Vorlage und den Änderungsantrag und bat darum dies mit dem Haushalt zu beraten

Abstimmungsergebnis GO Antrag: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis: vertagt

~~Der Stadtrat nimmt den Vergleich über die Voraussetzungen und Auswirkungen der unabhängig voneinander umzusetzenden Maßnahmen zur Kenntnis und beschließt im Wege der EinzelpunktAbstimmung eine der nachfolgenden Varianten:~~

- ~~a) ——— Kostenloses Schülerticket,~~
- ~~b) ——— Ticketfreier City-Tag,~~
- ~~c) ——— 365-Euro-Ticket (Wiener Modell),~~
- ~~d) ——— 10-Minuten-Grundtakt oder~~
- ~~e) ——— Fahrscheinloser Nahverkehr für Azubis~~
- f) ——— Sozialticket**

~~Beschlossen ist die Variante, welche die meisten Stimmen erhalten hat.~~

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) führt ein kostenloses Schülerticket schrittweise durch eine Preisabsenkung bis zur Kostenfreiheit ab dem Schuljahr 2020/2021 über einen Zeitraum von 3 Jahren ein.
2. Die Stadt Halle (Saale) führt einen 10-Minuten-Grundtakt ab dem 01.08.2024 ein. Vor diesem Hintergrund ist ein Konzept zur Realisierung eines 10-Minuten-Grundtaktes im Bereich Straßenbahn (infrastrukturell und fahrzeugseitig) zu entwickeln und die Maßnahmen zur Umsetzung aufzuzeigen.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Januar 2021 einen Plan zur Einführung eines 365-Euro-Tickets vorzulegen.
4. Ab dem Jahr 2025 ist eine durchschnittliche Fahrzeugauslastung von maximal 60 % zugrunde zu legen. Dies ist in der Fortschreibung des Nahverkehrsplans

- der Stadt Halle (Saale) so festzulegen.
5. Zur Gegenfinanzierung der Attraktivierungsmaßnahmen im ÖPNV können folgende Ansätze geprüft werden:
- a. Einführung einer Abgabe für Übernachtungsgäste
 - b. Einführung einer City-Maut
 - c. Rechtliche Prüfung und Einführung einer Mobilitätsabgabe für Arbeitgeber ab 10 Mitarbeitern
 - d. Anhebung der Gebühren für öffentliches Parken. Hierzu sind intensiver Gespräche mit dem Land Sachsen-Anhalt zu führen und die Forderung der Stadt Halle (Saale) zu vertreten, dass Kommunen in diesem Bereich Flexibilität benötigen.
 - e. Gemäßigte Anhebung der Preise als Einzelfahrscheine sowie Wochenkarten.

zu 4.15.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Attraktivierung des Öffentlichen Straßenpersonennahverkehrs (ÖSPV) in Halle (Saale) (VII/2019/00436)
Vorlage: VII/2019/00708

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

~~Der Stadtrat nimmt den Vergleich über die Voraussetzungen und Auswirkungen der unabhängig voneinander umzusetzenden Maßnahmen zur Kenntnis und beschließt im Wege der Einzelpunktabstimmung eine der nachfolgenden Varianten:~~

- ~~a) ——— Kostenloses Schülerticket,~~
- ~~b) ——— Ticketfreier City-Tag,~~
- ~~c) ——— 365-Euro-Ticket (Wiener Modell),~~
- ~~d) ——— 10-Minuten-Grundtakt oder~~
- ~~e) ——— Fahrscheinloser Nahverkehr für Azubis~~
- ~~f) ——— Sozialticket~~

~~Beschlossen ist die Variante, welche die meisten Stimmen erhalten hat.~~

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadt Halle (Saale) führt ein kostenloses Schülerticket schrittweise durch eine Preisabsenkung bis zur Kostenfreiheit ab dem Schuljahr 2020/2021 über einen Zeitraum von 3 Jahren ein.
2. Die Stadt Halle (Saale) führt einen 10-Minuten-Grundtakt ab dem 01.08.2024 ein. Vor diesem Hintergrund ist ein Konzept zur Realisierung eines 10-Minuten-Grundtaktes im Bereich Straßenbahn (infrastrukturell und fahrzeugseitig) zu entwickeln und die Maßnahmen zur Umsetzung aufzuzeigen.
3. **Die Stadt Halle (Saale) führt ab dem 01.08.2024 ein Sozialticket ein. Dafür entwickelt die HAVAG ein Konzept, dass die technischen, sächlichen und personellen Voraussetzungen (Aufbau der Systemarchitektur, Anpassungen der Schnittstellen, Einführung des elektronischen Ticketings, Personalbedarf, Betriebskosten usw.) aufzeigt.**

34. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur **Sitzung des Stadtrates im Januar 2021** einen Plan zur Einführung eines 365-Euro-Tickets vorzulegen.
- ~~4. Ab dem Jahr 2025 ist eine durchschnittliche Fahrzeugauslastung von maximal 60 % zugrunde zu legen. Dies ist in der Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Halle (Saale) so festzulegen.~~
5. Zur Gegenfinanzierung der Attraktivierungsmaßnahmen im ÖPNV können **u.a.** folgende Ansätze geprüft werden:
 - f. Einführung einer Abgabe für Übernachtungsgäste
 - g. Einführung einer City-Maut
 - h. Rechtliche Prüfung und Einführung einer Mobilitätsabgabe für Arbeitgeber ab 10 Mitarbeitern
 - i. Anhebung der Gebühren für öffentliches Parken. Hierzu sind intensiver Gespräche mit dem Land Sachsen-Anhalt zu führen und die Forderung der Stadt Halle (Saale) zu vertreten, dass Kommunen in diesem Bereich Flexibilität benötigen.
 - j. Gemäßigte Anhebung der Preise als Einzelfahrscheine sowie Wochenkarten.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Förderung eines Pilotprojektes ‚Fahrradhäuschen‘ Vorlage: VII/2019/00130

Herr Eigendorf brachte den Antrag ein.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, ob mit dem Netzwerk Stadtentwicklung darüber gesprochen wurde. Sie fragte, ob sich die Verwaltung vorstellen kann, Parkflächen für die Fahrradhäuschen einzuziehen.

Herr Eigendorf sagte, dass das Thema als Erstes im Ausschuss diskutiert werden soll, bevor andere Netzwerke mit einbezogen werden.

Herr Rebenstorf sagte, dass, dabei die Grundsätze der Stadtmöblierung gelten und geschaut wird, ob es an den jeweils vorgesehenen Stellen passt oder nicht.

Herr Gernhardt fragte, ob zur Stadtmöblierung auch die Altkleidercontainer und Glascontainer gehören.

Herr Rebenstorf sagte, dass alles Stadtmöblierung ist und die Lösungen unterirdisch für Container auch angestrebt werden, zumindest dort wo es möglich ist.

Herr Feigl sagte, dass für die Fahrradabstellmöglichkeiten auf die privaten Eigentümer und auf die Wohnungsgenossenschaften zugegangen werden sollte.

Herr Streckenbach fragte, welche Leistungen durch das Jobcenter bei der Herstellung und Montage erbracht werden sollen.

Herr Eigendorf sagte, dass dies nur eine Überlegung ist und man es eventuell als Maßnahme oder ähnliches nutzen kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Bedarfsanalyse ein enormer Aufwand ist und ein Pilotprojekt da am Anfang einfacher ist.

Frau Dr. Wünscher sagte, dass in ihrer Wohngegend für das Vorhaben kein Bedarf besteht.

Herr Eigendorf strich den Punkt zwei.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Förderung und Durchführung für ein Pilotprojekt „Fahrradhäuschen“ zu erarbeiten.
2. ~~Neben einer Bedarfsanalyse und darauf aufbauend der Auflistung möglicher Standorte für Fahrradhäuschen soll die Verwaltung eine entsprechende Förderrichtlinie erarbeiten und bereits in den Haushalt 2021 eine Fördersumme von insgesamt 10.000 Euro einstellen.~~
3. Die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle soll in die Konzeptionierung des Designs hallespezifischer Fahrradhäuschen eingebunden werden.
4. Mit dem Jobcenter Halle (Saale) sollen Kooperationsmöglichkeiten bezüglich der Herstellung und Montage ausgelotet werden.

zu 5.2 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Marktbegrünung
Vorlage: VII/2019/00329

Frau Winkler brachte den Antrag ein.

Herr Rebenstorf sagte, dass bereits Kübel mit Bäumen aufgestellt wurden und diese auch stehen bleiben sollen. Das Grün kann auf dem Marktplatz nur unterstützend agieren.

Herr Dreher sagte, dass der Pflegeaufwand im Sommer enorm ist und davon abgesehen werden sollte.

Herr Feigl sagte, dass die Bepflanzung mit mediterranen Gewächsen dieses Jahr sehr gut mit der Sonne klargekommen ist.

Frau Winkler sagte, dass die Kübel ebenfalls gegossen werden müssen und diese auch im vergangenen Sommer jeden Morgen gewässert wurden.

Frau Trettin sagte, dass eine Höhe von 45 cm Pflanzkübel nicht möglich ist, da nicht genug Wasserreservoir erzeugt werden kann. Schattenspendende Bepflanzung bekommt man nur mit massiveren Kübeln dauerhaft hin.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Konzept „Grüne Marktplatzverwerfung“ aufzugreifen, weiterzuentwickeln und umzusetzen.
2. Für die Weiterentwicklung des Konzepts und die Erarbeitung von konkreten Entwürfen lobt die Stadt Halle (Saale) einen Wettbewerb aus.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Spenden für die Durchführung des Wettbewerbs und die Umsetzung des Gewinnerbeitrags einzuwerben.

zu 5.3 Antrag der Freien Demokraten im Stadtrat von Halle zur touristenfreundlichen Beschilderung Vorlage: VII/2019/00330

Frau Mark brachte den Antrag ein.

Herr Lochmann sagte, dass aus seiner Sicht ein Parkleitsystem nicht nötig ist aber für Fußgänger Übersichtskarten durchaus hilfreich wären. Er schlug vor, die Punkte getrennt abzustimmen.

Herr Rebenstorf sagte, dass es nicht so viele Parkhäuser gibt und die Verwaltung der Ansicht ist, dass das vorhandene System ausreicht. Die intelligente Verkehrsplanung soll umgesetzt werden.

Frau Mark fragte, ob bei der Überarbeitung des Parkleitsystems auch geschaut wird, welches Parkhaus für die Erreichbarkeit verschiedener Sehenswürdigkeiten das Beste ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass das Verkehrsleitsystem so bleibt wie es ist aber mit den Verkehrsplanern gesprochen wird, inwieweit solche Ideen eingefügt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

Punkt 1

**SKE
SR**

**mehrheitlich abgelehnt
mehrheitlich abgelehnt**

Punkt 2

**SKE
SR**

**mit Patt abgelehnt
mehrheitlich zugestimmt**

Punkt 3

**SKE
SR**

**mehrheitlich zugestimmt
einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein, unter nachfolgend aufgelisteten Faktoren, überarbeitetes Parkleitsystem zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Abstimmung vorzulegen.
Die Stadt soll hierbei in Zonen nach Farben mit entsprechenden Hinweisen auf das kulturelle Angebot unterteilt werden. Den Besuchern der Stadt soll es somit möglich

- gemacht werden ohne weitere Ortskenntnisse einer Farbe zum nächstgelegenen Parkplatz/Parkhaus folgen zu können. (Beispielbilder 1-3)
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt an zentralen Punkten Stadtpläne mit den Hinweisen auf kulturelle Einrichtungen aufzustellen. (Beispielbild 4)
 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt das Wegeleitsystem für Fußgänger und Radfahrer für Ortsunkundige zu optimieren und dem Stadtrat zur Abstimmung vorzulegen. (Beispielbilder 5-6)

zu 5.4 Antrag der CDU Fraktion zur Erschließung von Badestellen an Flussufern Vorlage: VII/2019/00450

Herr Streckenbach brachte den Änderungsantrag ein.

Herr Dreher sagte, dass nicht noch mehr Leute zum Baden an der Saale ermutigt werden sollten aufgrund der schwierigen Haftung. Der Saalestrand reicht aus und wurde aufwändig mit Bojen begrenzt. An der Weißen Elster sind Naturschutzkonflikte zu erwarten und dies sollte berücksichtigt werden.

Frau Dr. Kreutzfeldt sagte, dass in den öffentlichen Bädern niemand ins Wasser darf, wenn kein Rettungsschwimmer anwesend ist. Für die offiziellen Badestellen müssten also auch immer Rettungsschwimmer vor Ort sein und diese sind jetzt schon nicht ausreichend vorhanden.

Herr Gernhardt fragte, ob durch Schilder am Flusslauf gekennzeichnet ist, dass das Baden verboten ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass an fließenden Gewässern an jeder Stelle gebadet werden darf, aber die Stadt für Unfälle keine Haftung übernimmt.

Herr Schied sagte, dass die Saale ein sehr gefährliches Gewässer ist und durch das Ausweisen von Badestellen bei verschiedenen Leuten der Eindruck entsteht, dass es sicher ist dort zu baden.

Herr Rebenstorf sagte, dass am Saalestrand ein Schild steht mit der Aufschrift „vom Baden wird abgeraten“.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wo sich konkrete potenzielle Badestellen entlang der Saale und der Weißen Elster befinden und Flussbaden ermöglicht werden kann.

Umwelt- und Naturschutzverbände sowie anliegende Vereine und Stadtteilinitiativen, wie zum Beispiel der Saaleschwimmer Halle e.V. und das Forum Silberhöhe, sollen bei der Prüfung mit eingebunden und um Vorschläge gebeten werden. Mögliche Badestellen sind durch Wasserrettungsdienste, wie zum Beispiel des DRK Wasserrettungsdienst Halle/Saale e. V., zu bewerten.

**zu 5.5 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses „Ausbau Dessauer Straße und Verknüpfungspunkt Frohe Zukunft“ (VI/2014/00022) und Überarbeitung der Planung
Vorlage: VII/2019/00331**

Frau Winkler brachte den Antrag ein.

Herr Rebenstorf bat darum, den Antrag bis Februar zu vertagen und sagte, dass die Verwaltung sich bis dahin überlegt, wie der Erhalt der Bäume gesichert werden kann.

Frau Winkler vertagte den Antrag.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat hebt den Beschluss Nr. VI/2014/00022 vom 26.11.2014 auf.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Planung dahingehend zu überarbeiten, dass die markante Baumgruppe (8 Großbäume) nordöstlich der Wendeschleife der Endstelle Frohe Zukunft erhalten bleiben kann. Die überarbeitete Planung wird dem Stadtrat zeitnah zur Beschlussfassung vorgelegt.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.2 Information zu Fahrbahnmarkierungen

Herr Rebenstorf verwies darauf, dass die Information zu den Fahrbahnmarkierungen im Januar erfolgen wird.

zu 7.3 Vergabevorlage Linienbestimmung Nord

Herr Rebenstorf informierte darüber, dass es sich hier nicht um die Nordtangente handelte, sondern um den Saaleübergang als eine zweispurige Stadtstraße mit Fuß- und Radweg und maximal Tempo 50.

Herr Feigl gab den Hinweis, nochmal verschiedene Formulierungen zum besseren Verständnis einzuarbeiten.

zu 7.4 Information zum Stadtmobilitätsplan

Herr Rebenstorf wies darauf hin, dass es nach dem Beschluss verschiedene Veränderungen durch andere Beschlüsse (z.B. Tornau) gab und diese in die Printausgabe eingepflegt werden.

zu 7.5 Information zum „urban innovative actions“ UIA Programm

Herr Loebner sagte, dass man sich für das „urban innovative actions“ UIA Programm bewerben möchte mit dem Stadtteil Neustadt unter dem Gedanken Kunst im öffentlichen Raum.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Winkler zur Stellplatzsatzung

Frau Winkler fragte, wie weit die Verwaltung mit der Überarbeitung der Stellplatzsatzung ist.

Herr Rebenstorf sagte, dass es im März dazu eine Information geben wird.

zu 8.2 Herr Streckenbach zum Haushalt

Herr Streckenbach fragte, wie viele Mittel nötig sind, um die Substanz bei den Gemeindestraßen zu erhalten?

Er fragte weiter, welche Summen für die Detailuntersuchung des Grundwassers in Zusammenhang mit dem Orgacid-Gelände eingestellt wurden.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Gernhardt zu Absperrungen in der Ludwig-Wucherer-Straße

Herr Gernhardt fragte, wann die Absperrungen an der Ludwig-Wucherer-Straße, die das Wenden von Autos verhinderten, wieder angebracht werden.

zu 8.4 Herr Eigendorf Beantragungen von Fördermitteln

Herr Eigendorf fragte zum Beschluss im Rahmen des Investitionspaktes soziale Integration, wie der momentane Stand der Antragsstellung ist und ob bereits Fördermittel genehmigt wurden, Projekte abgelehnt wurden.

Herr Loebner sagte, dass es bisher noch keinen Bewilligungsbescheid gibt.

zu 8.5 Frau Krimmling-Schoeffler zu E-Scootern

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wann die Testphase für die E-Scooter beginnt. Sie fragte, wie sichergestellt wird, dass keine Nutzer unter 14 Jahren den Scooter mieten. Wer sammelt die Roller ein, wenn diese irgendwo herumliegen und wo werden diese geladen.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Testphase im Dezember beginnt. Alles, was über die Testphase hinausgehen soll, erfolgt dann über eine Rahmenvereinbarung. Über GPS können Sperrzonen eingerichtet werden. Die Roller können in den Sperrzonen dann nicht abgestellt werden. Die Akkus der Roller können vor Ort ausgetauscht werden. Mithilfe des GPS kann die Benutzung jederzeit eingestellt werden und somit lässt sich schnell auf Wetterveränderungen reagieren.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, ob man ein extra Ticket lösen muss, wenn man mit dem Roller Bahn fahren möchte.

Herr Rebenstorf nahm dies für die Beratung der Rahmenvereinbarung mit.

zu 8.6 Frau Mark zur grünen Welle für Rettungsfahrzeuge

Frau Mark fragte, ob absehbar ist, dass bei den weiteren Beratungen zur intelligenten Verkehrsplanung, die grüne Welle für Rettungsfahrzeuge eine Rolle spielen soll. Sie bat um Berücksichtigung.

zu 8.7 Frau Mark zum Sportparadies

Frau Mark fragte, ob es neue Sachstände beim Sportparadies gibt.

Herr Rebenstorf verwies auf den nicht öffentlichen Teil.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Schied zu Formulierungen

Herr Schied regte an, bei Abstimmungen das Wort „empfiehlt“ zu verwenden, da der Planungsausschuss kein beschließender Ausschuss ist und somit keine Beschlüsse fällt aber Empfehlungen ausspricht.

Herr Feigl beendete den öffentlichen Teil.

Christian Feigl
Ausschussvorsitzender

Jenny Falke
Protokollführerin